

Klimaschutz und solidarische Politik für zukunftsorientiertes Handeln und gegen soziale Kälte!

bunt.
saar

Viele Gruppen haben den Aufruf von Verdi Saar unterschrieben. Wir, bunt.saar, teilen die wesentlichen Forderungen. Aber wir wollen nicht unter dem pauschalen „rote Linien“-Spruch „... wir frieren nicht für eure Profite“ firmieren. Wir sehen die Situation teils anders, teils differenzierter. Unsere Position:

Gleich mehrere Krisen treffen viele Menschen hart: nicht gekannte Angst vor Krieg, die Herausforderung, vielen Flüchtenden Zuflucht zu bieten, plötzliche, hohe Energiekosten, Inflation und immer deutlicher werdende Klimakatastrophen auch vor unserer Haustür.

Zum ersten Mal seit den 1970er-Jahren ist Energie knapp. Die abrupten Preiserhöhungen dafür sollen insbesondere von breiten Schichten der Bevölkerung getragen werden, während andere gut damit zurechtkommen können. Nicht nur Strom und Heizen wird teuer: Die Preise für Lebensmittel, Kleidung und Wohnen machen das Leben für manche Menschen fast unbezahlbar. Dabei steigen die Löhne nur langsam. Demgegenüber galoppieren die Gehälter der Manager*innen in die Höhe. Manche Dax-Konzerne machen 85% mehr, Energie- und Waffenkonzerne vervielfachen ihren Gewinn. Das zeigt: **Wir brauchen ein solidarische Umverteilung und eine andere Wirtschafts- und Klimapolitik.**

Die Ärmsten und die breite Bevölkerung dürfen nicht alleine für die Energiekrise zahlen. Die Lasten müssen fair aufgeteilt werden, indem Millionär*innen bedeutend mehr in die Gemeinschaftskasse geben. Wir müssen als Zivilgesellschaft solidarisch sein und Druck auf die Politik ausüben. **Die Bundesregierung muss endlich mit gezielten und sinnvollen Entlastungen, gerechten Steuern, Unterstützungsleistungen und massiven Investitionen in erneuerbare Energien gegensteuern.**

Das grenzenlose Wachstum, der übermäßige Verbrauch unserer natürlichen Ressourcen und die weitere Belastung der Atmosphäre mit CO₂ müssen ein Ende haben. **Investitionen in Klimaschutz sorgen für preiswerte Energie, sind eine Politik für die zukünftigen Generationen, die solidarische Unterstützung von den ärmeren Teilen der Bevölkerung und eine Maßnahme gegen soziale Kälte und für den Zusammenhalt der Gesellschaft.** Dazu gehören:

- Umbau des Steuersystems unter den Gesichtspunkten von Nachhaltigkeiten und sozialer Belastbarkeit,
- Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger durch schrittweise Einpreisung aller Kosten (akute Umweltverschmutzung, Gesundheitsfolgen durch Schadstoffbelastung, Folgekosten für die Renaturierung der geplünderten Landschaft) sowie die Beendigung des gefährlichen und teuren Atomstroms,
- paralleler Aufbau von Alternativen: Schaffung anderer Wirtschaftsbereiche und Arbeitsplätze, Umbau des Mobilitätsbereichs (z.B. durch kurzfristige Maßnahmen wie Tempo 30, gute Radwege, einen leistungsfähigen ÖPNV) anstelle von Subventionen des Autoverkehrs (z.B. Dienstwagen- und Flugzeugbenzinsubventionen), Bau weiterer Windkraftanlagen auch im Saarland, Solarpflicht auf allen gewerblichen und öffentlichen Gebäuden usw.

Der meiste Energieverbrauch und die größte Verursachung von Klimaschäden sind von einem kleinen Teil der Bevölkerung zu verantworten, den Reichen und Besserverdienenden: Die reichsten 10% der Menschen weltweit verursachen 47%

Klimaschäden, während 50% der Menschen für lediglich 10% verantwortlich sind. **Umwelt- und Klimapolitik ist deshalb Sozial- und Wirtschaftspolitik.** Traditionelle Gewerkschafter müssen dies stärker zur Kenntnis nehmen. Es geht nicht nur um Umverteilung und Entlastungen, notwendig ist eine Veränderung in unserem Wirtschaften und unserem Verhalten.

Einige werden sich daran gewöhnen müssen, nicht mehr über unsere natürlichen Verhältnisse leben zu können. Einsparung beim Energieverbrauch und beim CO₂ kann und sollte jede*r in seinem persönlichen Bereich vornehmen – sofern dafür noch Luft ist. Jedoch: **Nur durch Gesetze und politische Maßnahmen können die Weichen richtig gestellt werden. Vernünftiges individuelles Verhalten allein wird nicht reichen.**

Um Frieren und Hungern geht es bei uns nicht, wenn die Bedürftigen gut unterstützt werden: mit einem verbesserten Beratungsangebot, so dass auch wirklich alle Berechtigten erreicht werden, und einer schnellen Bearbeitung von Anträgen, gegebenenfalls mit Vorschusszahlungen. Das wirkliche ‚Frieren‘ und ‚Hungern‘ findet immer noch woanders statt!

Eine falsche Vermischung mit außenpolitischen Fragen tragen wir darum nicht mit. Der menschenverachtende Überfall Putin-Russlands auf ein souveränes Land und das unsägliche Leid, das dadurch dort und in der Bevölkerung Russlands verursacht wurde, ist durch die Kosten für solidarische Unterstützung der Ukraine und der Flüchtenden und durch hohe Energie- und andere Preise zu uns gekommen.

Wir unterstützen das Recht der Ukraine, sich gegen die Völkerrechtsverbrechen zu verteidigen. Für diplomatische Anstrengungen, um den Krieg zu beenden, braucht es zwei Seiten. Zur Zeit sehen wir nicht, dass eine der direkt beteiligten Konfliktparteien dazu bereit wäre oder sein kann. Deshalb ist eine solche Forderung derzeit eine leere Formel.

Wir sind solidarisch mit denen, die überfallen wurden. Die Ukrainer*innen haben eine ganz andere Zeche zu zahlen als höhere Energiekosten usw. Sie frieren und verlieren ihre Lebensgrundlagen oder sogar ihr Leben. Sollte Russland irgendwann zum Kreis der zivilisierten Staaten gehören wollen, wird es auch um die Verfolgung von Kriegsverbrechen und unverletzliche Grenzen einer souveränen Ukraine gehen. Eine „neue gesamteuropäische Architektur der gemeinsamen Sicherheit“ kann nur unter der Voraussetzung der gewaltfreien Anerkennung des Völkerrechts durch alle Beteiligten entstehen.

Deswegen schließen wir uns zusammen zum solidarischen Herbst. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden in ganz Deutschland gehen wir am 3.12. auf die Straße und demonstrieren:

- **GEGEN Hass und Hetze**
- **FÜR deutliche Entlastungen von Geringverdienenden**
- **FÜR gerechte Belastung der Reichen und Krisengewinnler**
- **FÜR Klimaschutz, ein anderes Wirtschaften und ein Ende der Abhängigkeit von fossilen Klimakiller-Energien**